

// Im Blickpunkt

Am 1.9.2008 ist das Durchsetzungsgesetz zum Schutz geistigen Eigentums in Kraft getreten (www.bmj.de). Es erleichtert den Kampf gegen Produktpiraterie und verbessert – so der BDI dazu – „Auskunftsrechte und Schadensersatzansprüche bei Verletzungen des geistigen Eigentums“ (www.bdi.de). Neben dem Schutz von Immaterialgütern ist oftmals auch ihre Bewertung ein Problem, etwa wenn eine Marke unrechtmäßig genutzt wird und ein Schaden zu quantifizieren ist oder wenn Technologien konzernintern zur Nutzung überlassen werden und ein angemessener Verrechnungspreis zu ermitteln ist. Nestler stellt in dieser Ausgabe betriebswirtschaftliche Methoden zur Ermittlung von Lizenzentgelten vor.



Gabriele Bourgon, Ressortleiterin Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Rechtsprechung

BFH: Ausübung des sich aus § 20 Abs. 2 S. 1 UmwStG ergebenden Wahlrechts

In seinem Urteil vom 28.5.2008 – I R 98/06 – hat der BFH wie folgt entschieden: Das Wahlrecht nach § 20 Abs. 2 UmwStG 1995 ist ausgeübt, wenn der Steuerpflichtige Steuererklärungen und eine den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entsprechende Steuerbilanz beim FA einreicht und vorbehaltlos erklärt, das Wahlrecht in bestimmter Weise ausüben zu wollen. Eine Bindung an den handelsbilanziellen Wertansatz des eingebrachten Betriebsvermögens besteht nicht. Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-2001-1 unter www.betriebs-berater.de

➔ Das Urteil wird in BB 38 von Behrens kommentiert werden.

BFH: Bilanzielle Behandlung des Körperschaftsteuerguthabens nach § 37 KStG

In seinem Beschluss vom 15.7.2008 – I B 16/08 – hat der BFH wie folgt entschieden: Es ist nicht ernstlich zweifelhaft, dass sowohl die Aktivierung als auch die Wertberichtigung des Anspruchs auf Auszahlung des Körperschaftsteuerguthabens in zehn gleichen Jahresbeträgen bei der Einkommensermittlung zu neutralisieren sind (Bestätigung des BMF-Schreibens vom 14.1.2008 – IV B 7 – S 2861/07/0001, BStBl. I 2008, 280, BB 2008, 439 mit Kommentar von Behrens).

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-2001-2 unter www.betriebs-berater.de

➔ Siehe dazu den Kommentar zum vorinstanzlichen Urteil von Grashoff, BB 2008, 1335.

Gesetzgebung

Bundesregierung: Unterstützung der Reform des IWF

Die Bundesregierung hat am 27.8.2008 einen Gesetzentwurf verabschiedet, der die Bundesrepublik Deutschland dazu ermächtigen soll, zwei vorgesehenen Änderungen des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds (IWF) zuzustimmen. Mit einer neuen Formel sollen die

Quoten- und damit die Stimmrechte angepasst werden, um die zunehmende weltwirtschaftliche Bedeutung der Schwellenländer auch in den Entscheidungsstrukturen des IWF widerzuspiegeln. Im Rahmen einer weiteren Änderung des IWF-Übereinkommens soll die Finanzierung des IWF zukünftig unabhängiger von seiner Kreditvergabe gemacht werden. Der Gesetzentwurf und die Pressemitteilung des BMF sind unter www.bundesfinanzministerium.de abrufbar.

Rechnungslegung

Wir werten für Sie die Homepages von BMF, BMJ, DRSC, DPR, BAFIN, IASB, FASB, SEC und EU aus.

SEC: Fahrplan zur IFRS-Rechnungslegung in den USA

-tb- Die Securities and Exchange Commission (SEC) hat einen Fahrplan vorgeschlagen, mit dem US-amerikanische Unternehmen, die bisher nach US-GAAP bilanziert haben, verpflichtet werden sollen, ab 2014 ihren Abschluss nach den IFRS zu erstellen. Die SEC behält sich vor, 2011 endgültig darüber zu entscheiden, ob die Zulässigkeit der IFRS tatsächlich im öffentlichen Interesse liegt und Investoren nutzt. Der Plan, der von der SEC ausdrücklich als vorsichtig bezeichnet wird, sieht zunächst mehrere zu erfüllende Meilensteine vor. Die Kommentierungsfrist beträgt ab der noch ausstehenden Veröffentlichung im Federal Register 60 Tage.

Das American Institute of Certified Public Accountants (AICPA) hat in einer ersten Stellungnahme den Fahrplan der SEC zwar als wichtigen Schritt bezeichnet, sieht aber insbesondere die Notwendigkeit weiterer Konvergenz von US-GAAP und IFRS durch die stete Zusammenarbeit von FASB und IASB. Gemäß einer in der Pressemitteilung zitierten AICPA-Umfrage sieht die Mehrheit der amerikanischen Wirtschaftsprüfer eine Vorbereitungszeit auf die IFRS von drei bis fünf Jahren als erforderlich an.

(Quellen: www.sec.gov und www.aicpa.org)

➔ Lesen Sie dazu demnächst den Standpunkt von Berndt.

SEC: Modernisierung der Publizitätsvorschriften ausländischer Unternehmen

-tb- Die Securities and Exchange Commission (SEC) hat beschlossen, die Publizitätsvorschriften für ausländische Unternehmen, die Wertpapiere am US-Kapitalmarkt anbieten, zu modernisieren. Damit soll sicher gestellt werden, dass US-amerikanische Investoren einen zeitnahen Zugriff auf Finanzinformationen dieser Unternehmen erhalten. Im Mittelpunkt der überarbeiteten Vorschriften stehen kürzere Offenlegungsfristen und die Sicherstellung eines elektronischen Zugangs zu den Informationen.

(Quelle: www.sec.gov)

Wirtschaftsprüfung

Wir werten für Sie die Homepages von IDW, WPK, APAK, IFAC, AICPA, PCAOB, EU und FEE aus.

IDW: Schreiben zum IESBA-Entwurf zur Unabhängigkeit

In einem Schreiben an das International Ethics Standards Board for Accountants (IESBA) vom 19.8.2008 hat sich das Institut der Wirtschaftsprüfer e.V. (IDW) zum Exposure Draft aus Section 290 des Code of Ethics: „Independence – Audit and Review Engagements“ geäußert. Das Schreiben ist unter www.idw.de abrufbar.

IDW: Schreiben zum Sächsischen Eigenbetriebsgesetz und zur Schleswig-Holsteinischen Landesverordnung über Kommunalunternehmen

In zwei Schreiben vom 28.8.2008 an das sächsische Staatsministerium des Inneren bzw. an das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein hat das IDW zum Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Sächsischen Eigenbetriebsgesetzes und zum Entwurf einer Landesverordnung über Kommunalunternehmen als Anstalt des öffentlichen Rechts (KUVo) Stellung genommen. Die Schreiben sind unter www.idw.de abrufbar.

Im BB-Nachrichtenüberblick unter www.betriebs-berater.de werden Sie direkt auf alle angegebenen Dokumente verlinkt.